Aktivisten laut Senat nicht extremistisch

Berlin. Die Klimaschutz- und Protestorganisation Extinction Rebellion wird vom Berliner Verfassungsschutz nicht als extremistisch eingestuft und daher auch nicht beobachtet. Das sagte Innen-Staatssekretär Torsten Akmann (SPD) am Mittwoch im Verfassungsschutz-Ausschuss des Abgeordnetenhauses. „Es gibt keine Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen." Es gebe auch keine „strukturelle Zusammenarbeit von Extinction Rebellion mit linksextremistischen Gruppierungen". Daher sei die Organisation „kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes". Wie viele Unterstützer der Organisation es in Deutschland gibt, sei nicht bekannt. „Auch in Deutschland werden immer mehr Ortsgruppen gegründet. Verlässliche Zahlen dazu haben wir nicht."

Wichtigste Strategien der Organisation sind laut Akmann die Werbung zahlreicher Anhänger und gewaltfreie Aktionen zivilen Ungehorsams: Flashmobs, Ankettungen, Fahrraddemonstrationen, Brücken- und Straßenblockaden. „Diese verliefen alle durchgehend friedlich." Zu Blockaden gehörten auch „strafbewehrte Aktionen", so Akmann. „Aber das Begehen von Straftaten rechtfertigt noch keine Tätigkeit des Verfassungsschutzes."

Der AfD-Abgeordnete Harald Laatsch sprach von einer „Heiligsprechung" durch Akmann und den Senat, der sich damit als „Komplize" dieser Bewegung bekenne. Für diese Wortwahl wurde Laatsch vom Ausschussvorsitzenden ermahnt.

IN KÜRZE

Mord an Georgier: Kein Motiv bekannt

Berlin. Zwei Monate nach tödlichen Schüssen auf einen Georgier in Berlin ermittelt die Staatsanwaltschaft weiter wegen Mordes. Der Verdächtige (49) sitze in Untersuchungshaft, der russische Staatsangehörige habe sich noch nicht geäußert. „Bei den Ermittlungen gibt es bislang kein erkennbares persönliches Motiv. Wir haben auch keine Hinweise zu einer kriminellen Verbindung zwischen Täter und Opfer", so Martin Steltner, Sprecher der Staatsanwaltschaft.

Bündnis will mehr Geld für Kliniken

Berlin. Vor dem Roten Rathaus haben mehrere hundert Menschen mehr Investitionen in Berlins Kliniken gefordert. Zu der Kundgebung am Mittwoch hatten die Berliner Krankenhausgesellschaft, Ärzteverbände, Patientenvertreter und Gewerkschaften aufgerufen. Allein der Investitionsstau liege bereits bei rund zwei Milliarden Euro, kritisierte Marc Schreiner, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft. Trotz geplanter Erhöhung der Fördergelder auf 200 Millionen Euro in 2021 reiche das Geld nicht.

Feuer in Technikraum am Flughafen Tegel

Berlin. Am Berliner Flughafen Tegel ist am Mittwoch ein Feuer in einem Technikraum ausgebrochen. Es gebe nach ersten Erkenntnissen keine Verletzten, teilte ein Sprecher der Feuerwehr mit. Der Technikraum grenze an Terminal A, daher seien Teile des Gebäudes vorsorglich evakuiert worden. 40 Einsatzkräfte waren vor Ort. Es habe keine Auswirkungen auf den Flugverkehr gegeben, so der Sprecher.

GEWINNZAHLEN

43. Spielwoche 2019

LOTTO AM MITTWOCH:

1 7 16 19 26 31
Superzahl: 5
Spiel 77: 9 0 1 3 5 5 9
Super 6: 3 0 7 4 0 2

(ANGABEN OHNE GEWÄHR)

Auf Schulleiter kommen zusätzliche Büroarbeiten hinzu. FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

Lehrerverband beklagt Gängelei durch Ministerium

Schulleiter müssen fast alle Dokumente des Schulbetriebs in Portal hochladen

Von Ansgar Nehls

Potsdam. Brandenburger Lehrer wehren sich vehement gegen eine neue Schulbilanzierung des Bildungsministeriums. Die Interessengemeinschaft Brandenburgischer Lehrerfachverbände (IBL), die die großen Verbände aller Schulformen vertritt, spricht von „Gängelei". Der neue Prozess diene ausschließlich der Kontrolle über die Schule und sei unvereinbar mit „offenen und konstruktiven Diskussionen". Stattdessen würden die Schulen „bloßgestellt". Die neue Bilanzierung wird in diesem Schuljahr schrittweise eingeführt: Sie hat zur Folge, dass beinahe alle schriftlichen Dokumente des Schulbetriebes in ein zentrales Portal hochgeladen werden müssen – auch laufende Protokolle von Lehrer- und Schulkonferenzen müssen eingestellt werden.

Zahlreiche Schulen sehen das mit Sorge: „Wir fragen uns, wo diese Dinge alle landen", sagt Torsten Kleefeld von der Vereinigung Brandenburgischer Gymnasialschulleiter. „In Konferenzen werden viele Dinge mitunter sehr kontrovers diskutiert. Diese Protokolle ohne die Möglichkeit eines erklärenden Kommentars einstellen zu müssen, halten wir für sehr schwierig." Kleefeld ist Schulleiter des Liebknecht Gymnasiums in Frankfurt (Oder). Dort sprach sich die Schulkonferenz mit der Stimmenmehrheit der Schüler- und Elternvertreter dagegen aus, die Protokolle in das Portal einzustellen. „Ich fühle mich erst einmal an das Votum der Schulkonferenz gebunden und bin gespannt, wie damit verfahren wird", sagt Kleefeld.

Das Ministerium teilte auf MAZ-Anfrage mit, bei der Schulbilanzierung handele es „sich nicht um eine zusätzliche Aufgabe neben der Schulvisitation". Stattdessen gebe es seit 2006 eine datengestützte Qualitätsabsprache. Die Schulbilanzierung sei eine „Weiterentwicklung dieser pflichtigen Aufgabe der Schulaufsicht". Die Schulen erhielten einen „Ort zur Sicherung aller Daten und Dokumente, die für ihre Schulentwicklung relevant sind".

> Viele dieser Dokumente werden jedes Jahr angepasst. Es ist also nicht richtig, dass die Daten einmal hochgeladen werden müssten.
>
> **Karen Pölk,** Schulleiterin in Potsdam

Für die IBL dagegen ist ein „möglicher Nutzen dieses Vorhabens nicht erkennbar". Eine Zusammenstellung wichtiger schulischer Dokumente auf einer digitalen Plattform könne durchaus sinnvoll sein – allerdings nur, wenn alle Beteiligten dazu Zugang hätten. Das sei bei der Schulbilanzierung aber nicht vorgesehen.

Zusätzlich beschweren sich die Fachverbände über den zusätzlichen Arbeitsaufwand, den die Bilanzierung hervorrufe. Weil nur Schulleiter und deren Stellvertreter Zugang zu der neu eingeführten Software „Zensos-SchuB" haben, bleibt es allein an ihnen hängen, alle schriftlichen Dokumente in das Portal einzustellen. „Das Ausmaß dieses Vorhabens übertrifft alles Bisherige – angefangen vom Arbeitsaufwand, über die abgefragten Inhalte bis zur damit verbundenen absoluten Kontrolle, die faktisch zur gläsernen Schule führt", schreibt die IBL.

An der Voltaire-Gesamtschule in Potsdam hat man durchgezählt: „Wenn wir alle Dokumente zusammennehmen, sind es rund 600", sagt Schulleiterin Karen Pölk, die der Gemeinnützigen Gesellschaft der Gesamtschulen in Brandenburg (GGG) vorsteht. „Viele dieser Dokumente wie Curricula werden jedes Jahr angepasst. Es ist also nicht richtig, dass die Daten einmal hochgeladen werden müssten und dann ist die Arbeit getan." Pölk betonte gleichzeitig, dass eine grundsätzliche Kontrolle des Schulbetriebes auch im Sinne der Schulen sei. „In dieser Form ist sie aber völlig dysfunktional."

Tatsächlich werden Schulen bereits seit 2005 mit der sogenannten Schulvisitation überprüft. Diese war erst im vergangenen Jahr vom Ministerium neu organisiert worden. Dabei wird die Qualität der Schulen anhand von sieben Basismerkmalen und drei Wahlmerkmalen über einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren getestet. Im vergangenen Jahr hatte das Ministerium vor allem den Rhythmus der Schulvisitation verändert. Demnach werden Schulen mit stabiler Entwicklung in einem größeren Abstand von bis zu zehn Jahren untersucht. Bei Schulen in „kritischer Lage" werden Fortschritte dagegen zum Teil alle zwei Jahre überprüft.

Das Vorgehen wird von Ministeriumsseite auch mit den Ergebnissen eines rund fünfmonatigen Pilotverfahrens der neuen Software begründet. Demnach sei dem Programm „eine hohe Praktikabilität" bescheinigt worden. Für 70 Prozent der Schulleiter, die die Software getestet hätten, sei es demnach unproblematisch gewesen, Dokumente hochzuladen. 92 Prozent hätten die Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht bei der Schulbilanzierung mit „ausgesprochener Zufriedenheit" bewertet. Zu den Ergebnissen in Bezug auf die grundsätzliche Bewertung der Bilanzierung oder die Arbeitsbelastung von Schulleitern machte das Ministerium keine Angaben.

Anklage gegen Chefin von Lunapharm

Staatsanwaltschaft wirft ihr Handel mit gefälschten Arzneimitteln vor

Von Klaus Peters

Potsdam. Die Staatsanwaltschaft Potsdam hat Anklage gegen die Geschäftsführerin des Pharma-Unternehmens Lunapharm aus Blankenfelde-Mahlow (Teltow-Fläming) erhoben. Der Vorwurf: gewerbsmäßiger Handel mit gefälschten Arzneimitteln. Mitangeklagt seien ein deutscher Betreiber einer Apotheke in Griechenland und ein weiterer Beschuldigter wegen Beihilfe, teilte ein Sprecher am Mittwoch mit. Hintergrund seien falsche Angaben zu dem Vertriebsweg von Arzneimitteln, so die Anklage. Laut Gesetz würden diese Medikamente als gefälscht gewertet.

Der Skandal um illegalen Handel mit Krebsmedikamenten war nach einem Bericht des ARD-Magazins „Kontraste" im Juli 2018 hochgekocht. Die damalige Landesgesundheitsministerin Diana Golze (Linke) hatte im August 2018 zurücktreten müssen, weil das Landesgesundheitsamt angeblich trotz frühzeitiger Hinweise auf einen illegalen Handel nicht eingeschritten sein soll.

Die Apotheke soll laut Anklage zwischen Mai und Juli 2017 Medikamente an Lunapharm geliefert haben, obwohl sie über keine Großhandelserlaubnis verfügte. Die Geschäftsführerin von Lunapharm habe dem Brandenburger Landesgesundheitsamt vorher mitgeteilt, dass sie wegen der fehlenden Erlaubnis keine weiteren Medikamente von der Apotheke beziehen werde. Stattdessen seien weitere Lieferungen über Rechnungen eines nicht eingebundenen Großhändlers aus Zypern verschleiert worden, so die Anklage.

Laut Staatsanwaltschaft habe der Gesamtwert der von Mai bis Juli gelieferten Medikamente 1,1 Millionen Euro betragen. Diese seien von Lunapharm zum größten Teil mit Gewinn verkauft worden. Bei der Firma und weiteren Beteiligten seien Vermögenswerte in Höhe von rund 890 000 Euro vorläufig gesichert worden, das entspreche den erwirtschafteten Erlösen. Lunapharm-Sprecher Klaus Kocks erklärte am Mittwoch, das Landgericht Potsdam habe die Firma um eine Stellungnahme gebeten, ob von einem Großhändler in Zypern Ware bezogen wurde. „Es ist unstrittig, dass Originalmedikamente in Originalverpackung bezogen wurden und dass keine Patientengefährdung vorgelegen hat", erklärte Kocks. „Strittig ist, ob Lunapharm arzneimittelrechtlich in Zypern hätte beziehen dürfen." Vorwürfe der Kriminalität wie etwa Hehlerei würden nicht erhoben.

Polizei: Antisemitische Straftaten nehmen stark zu

Ex-Zentralrats-Vorsitzender Stephan Kramer: „Jüdinnen und Juden haben Angst – und das nicht erst seit Halle"

Von Ulrich Wangemann

Potsdam. Der Antisemitismus in Brandenburg hat in den vergangenen Monaten deutlich zugenommen. Das geht aus aktuellen Zahlen des Polizeipräsidiums Potsdam hervor, welche die Behörde am Mittwoch auf einer Tagung von Staatsschutz-Experten zum Thema Rechtsextremismus in Potsdam bekannt gab. Wurden im vergangenen Jahr 56 Straftaten mit antijüdischem Inhalt gemeldet, waren es allein vom 1. Januar bis 15. Oktober des laufenden Jahres schon 94 Fälle.

Darunter war zwar nur eine Gewalttat – ein Junge wurde im März in Hennigsdorf (Oberhavel) auf dem Schulweg vom Fahrrad gerissen, außerdem beleidigte ihn ein Mitschüler im Sportunterricht antisemitisch. „Jüdinnen und Juden haben Angst – und das nicht erst seit Halle", sagte der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, der heute den Verfassungsschutz in Thüringen leitet. In Halle hatte ein Rechtsextremist am 9. Oktober versucht, eine Synagoge zu stürmen, war an der Eingangstür gescheitert und erschoss daraufhin wahllos zwei Menschen.

Viele Juden, so sagte Kramer, berichteten von Beleidigungen und Drohungen, manche von Gewalt im Alltag. Erst am Montag waren ein Gedenkstein für die jüdische Gemeinde in Oranienburg (Oberhavel) sowie ihr Gemeindehaus beschmiert worden, am selben Tag ritzten Unbekannte in Bernau (Barnim) ein Hakenkreuz und einen durchgestrichenen Davidstern in den Fahrstuhl am Sitz der jüdischen Gemeinde. Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten im Land hat einen Höchststand seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 2001 erreicht, teilte das Polizeipräsidium mit. 1323 zählte die Polizei seit Jahresbeginn, das sind 266 mehr als im Vorjahreszeitraum. Dazu kommen 745 Fälle, die direkt im Zusammenhang mit den drei Wahlen in diesem Jahr stehen. Allerdings ereigneten sich 2019 deutlich weniger gewalttätige Übergriffe – 65 im Vergleich zu 95 im Vorjahr. Schwerpunkte rechtsextremistisch motivierter Straftaten sind laut Präsidium Uckermark, Oberhavel und Cottbus/Spree-Neiße mit jeweils mehr als 150 Anzeigen. Die wenigsten Straftaten melden Prignitz und Elbe-Elster (jeweils weniger als 50). In Potsdam wurden seit Januar rund 90 Taten der Polizei gemeldet.

Stephan Kramer FOTO: DPA

Die Sicherheitsbehörden sind alarmiert angesichts des Trends. Die tödlichen Schüsse von Halle und der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) Anfang Juni seien „eine Zäsur", sagte der stellvertretende Potsdamer Polizeipräsident Roger Höppner. „Gewaltbereite Rechtsextreme und Populisten nutzen heute die Möglichkeiten des Internets, um ihre Klientel weiter zu radikalisieren", sagte Höppner. Kramer und er forderten gemeinsam die Politik auf, den Polizeibehörden bessere Mittel an die Hand zu geben, um Radikalen im Netz auf die Spur zu kommen. Das Auslesen von Messenger-Diensten und Online-Durchsuchungen müssten erlaubt werden. Beide technischen Zugriffsmöglichkeiten hatte die rot-rote Landesregierung erst vor einigen Monaten abgelehnt und nicht in die Neufassung des Polizeigesetzes aufgenommen.

Mit Vertretern jüdischer Gemeinden trifft sich die Polizeispitze am Freitag in Potsdam. Dabei soll es um einen engeren Draht zu den Behörden und besseren Schutz der Gebäude gehen.